

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 19./X. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Kultur und Stadtgestaltung der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 20.02.2019, 17.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

	<b><u>Seite</u></b>
1. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen	3
2. Bildung der Expertengruppe zu Beuth - Drucksache Nr. 1025 /X. -	3
3. Bebauungsplan Nr. 1-324-0 für den Bereich Königsgarten/ Stadtbadstraße hier: Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 1026 /X. -	3 - 7
4. Parkpfliegewerk "Alter Tiergarten" - kurzfristige Durchführung einzelner vordringlicher Maßnahmen (gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 06.02.2019)	7 - 8
5. Mitteilungen	
a) Arbeiten an der Kaskade	8 - 9
b) Begegnungsstätte für Kulturschaffende	9
c) Doornroosje	9
6. Anfragen	
a) Aufspritzsaat	9
b) Lift Stadthalle zur Schwanenburg	9 - 10
c) Spundwand an der Kaskade	10

## Niederschrift

**über die öffentliche 19./X. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Kultur und Stadtgestaltung der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 20.02.2019, 17.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28**

Unter dem Vorsitz des  
Stadtverordneten Cosar, Jörg (CDU)  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Driever, Gerd	CDU
Gebing, Wolfgang	CDU
Gerritzen, Christa	SPD
Gietemann, Josef	SPD für Tekath, Petra
Goertz, Heinz	UK
Hekke, van het, Willem	SPD
Hiob, Georg	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Lichtenberger, Niklas	SPD
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Rütter, Daniel	FDP
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Sachkundigen Bürger:

Bromont-Koken, Margo	
Duenbostell, Helga	
Edler, Heike	
Frantz, Alexander	
Hintzen, Sigrun	
Kepser, Friederike	für Strohmenger-Pickmann, Alwine
Sack, Ulrike	
Ullrich-Scheyda, Helga	

Nicht anwesend:

Strohmenger-Pickmann, Alwine  
Tekath, Petra

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing  
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas  
Technischer Beigeordneter Rauer  
Oberverwaltungsrätin Wier  
Verwaltungsrätin Rennecke  
Technischer Angestellter Posdena  
Technische Angestellte Rohwer  
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo  
Amtsinspektor Derks zugleich als Schriftführer

Ausschussvorsitzender Cosar begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Stadtgestaltung und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Ferner begrüßt er zur 19. Sitzung die zahlreichen Gäste und die Presse.

Zur Niederschrift des Ausschusses für Kultur und Stadtgestaltung vom 20.11.2018 ergeben sich keine Anmerkungen.

Die Tagesordnung wird um den Punkt "Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen" erweitert. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

### 1. **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen**

Ausschussvorsitzender Cosar verpflichtet die sachkundigen Bürgerinnen Edler und Sack per Handschlag.

### 2. **Bildung der Expertengruppe zu Beuth**

- Drucksache Nr. 1025 /X. -

Sachkundige Bürgerin Bromont-Koken regt an, dass die ehrenamtliche Arbeitsgruppe zu Beuth eine Entschädigung für ihre Mitarbeit erhalten sollte. Dem schließen sich auch die Stadtverordneten Goertz und Dr. Meyer-Wilmes an.

Erster Beigeordneter Haas erklärt, dass die Zahlung einer Aufwandsentschädigung sicherlich beschlossen werden könne, doch rege er an, im Haupt- und Finanzausschuss die Rahmenbedingungen hierzu zu klären.

StV. Lichtenberger erklärt für die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve, dass diese die Auswahl der Arbeitsgruppe zu Beuth für eine gute Wahl erachte.

Ausschussvorsitzender Cosar ergänzt, dass er zum Thema "Beuth" in der Ausgabe der FAZ vom 17.02.2019 einen interessanten Artikel gelesen habe, den er den Ausschussmitgliedern empfehle.

Der Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, dem Beschlussvorschlag der Drucksache zu folgen.

### 3. **Bebauungsplan Nr. 1-324-0 für den Bereich Königsgarten/ Stadtbadstraße**

hier: Beschluss der Offenlage

- Drucksache Nr. 1026 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer führt zu der geplanten Wohnbebauung anhand einer Powerpoint-Präsentation aus und geht auf die Inhalte ein.

Ferner weist er darauf hin, dass vor der letzten Bau- und Planungsausschusssitzung eine Planung veröffentlicht worden sei, die noch nicht abgestimmt war. Dieses gelte es zu entschuldigen und sei unglücklich gewesen. Hinsichtlich des Bebauungsplans für den Bereich Königsgarten/ Stadtbadstraße wünsche er sich darüber hinaus eine sachliche Auseinandersetzung, wobei Presseberichte, in denen vom "Wohnghetto" gesprochen

werde, nicht zur Sachlichkeit beitragen würden und zur Verunglimpfung von Planungsleistungen führten.

In seinen weiteren Ausführungen zum Bebauungsplan Nr. 1-324-0 führt er anhand visueller Hinweise weiter aus und zeigt auf, dass es sich bei der überbaubaren Fläche aktuell um eine versiegelte Fläche von 2.400 m<sup>2</sup> handle. Der jetzige Plan sehe im Gegensatz dazu ca. 2.000 m<sup>2</sup> vor.

So sehe der derzeitige Bebauungsplan auf der Ecke zum Bereich Königsgarten ein dreigeschossiges Gebäude vor. Zur Stadtbadstraße hin gewandt sollten die Gebäude dreigeschossig plus Staffelgeschoss und zum Kermisdahl hin die Gebäude zweigeschossig plus Staffelgeschoss aussehen. Seitlich an den Gebäuden entstünden Parkflächen. Zudem könnten entlang der weiterführenden Stadtbadstraße Einfamilien- bzw. Doppelhäuser erstellt werden.

Entlang des Kermisdahls würde gemäß Planung der Grünbereich belassen, wobei hinter dem Gelände des Kanu-Clubs ein Spiel- und Bolzplatz vorgesehen sei.

Der Bebauungsplan werde am 06.03.2019 im Bau- und Planungsausschuss, am 13.03.2019 im Haupt- und Finanzausschuss und am 20.03.2019 im Rat vorgelegt.

In diesem Zusammenhang erklärt Ausschussvorsitzender Cosar, dass im letzten Bau- und Planungsausschuss beschlossen worden sei, den Bebauungsplan im Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung vorzustellen, da es der Sinn dieses Ausschusses sei, gestalterisch einzugreifen.

Bürgermeisterin Northing erklärt, dass der vorherige Bebauungsplan für den Bereich Königsgarten/ Stadtbadstraße so nicht innerhalb der Verwaltung abgestimmt und er deshalb von der Tagesordnung abgesetzt worden sei und nicht aufgrund der Demonstrationen vor dem ehemaligen Hallenbad.

Die Unterschrift, die sie am Tag der Demonstration auf eine Unterschriftenliste geleistet habe, habe sich keinesfalls auf den Bebauungsplan bezogen, sondern war eine von Jugendlichen initiierte Liste zum Erhalt des Bolzplatzes. Ungeachtet dessen sei festzustellen, dass die Stadt Kleve weiter wachse und dringend Wohnraum auch für Menschen benötigt werde, die sich kein Einfamilienhaus leisten könnten. Insofern verweise sie auf das initiierte Handlungskonzept Wohnen, welches im Bau- und Planungsausschuss am 21.03.2019 vorgestellt werde.

Für die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve erklärt StV. Gebing, dass diese den vorliegenden Bebauungsplanentwurf ablehne. Allerdings befürworte sie in diesem Bereich eine kleinteilige und sensible Bebauung, die dem besonderen Charakter des Gebietes gerecht werde.

Auch stimme sie der Verlängerung der Stadtbadstraße nach Süden und den geplanten Baufeldern für Einzel- bzw. Doppelhäuser mit je einer Wohneinheit grundsätzlich zu.

Des Weiteren sei bei der Aufstellung der Bauleitplanung der Erhalt und der Bestand des vorhandenen Clubgebäudes des Kanuclubs wichtig. Daher sei es für die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve nicht ersichtlich, weshalb angesichts des noch über Jahre bestehenden Pachtvertrages ein solch großes Baufeld vorgesehen sei. Auch sei die An- und Zufahrt zu dem Gelände des Kanuclubs mit Fahrzeugen bzw. Anhänger für die Boote bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Was die drei Baufelder im mittleren Bereich der heutigen Stadtbadstraße anbelange, so sollten diese nach Vorstellung der CDU-Fraktion nicht dreigeschossig sein, sondern sich in Höhe den an der anderen Straßenseite vorhandenen Gebäuden anpassen, wobei die Anzahl der Wohneinheiten deutlich zu beschränken sei.

Hinsichtlich der Bebauung an der Straße Königsgarten müsse sich deren Art und Geschossigkeit stärker an den vorhandenen Strukturen anpassen. Hier solle die Höhe auf zwei Geschosse beschränkt werden. Allerdings sei bei der konkreten Ausgestaltung der Planung die Funktion eines "Eckgebäudes" zu berücksichtigen. Zudem sei die Randbebauung der Freifläche mit dem verbleibenden Baum bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Was die Baufelder am Kermisdahlufer anbelange, so solle eine maximal zweigeschossige Bebauung entsprechend dem bereits vorhandenen Gebäude zugelassen werden. Auch gelte es, die Anbindung dieser Grundstücke/ Häuser noch einmal zu diskutieren, weil die Anfahrt zwischen den Häusern an der Stadtbadstraße nicht optimal erscheine.

Was den Bolzplatz südlich des Kanuclubs anbelange, so könne dieser entfallen, da im Zuge der Planung des Stadthallenumfeldes dort nicht nur ein Spielplatz, sondern auch ein Kleinspielfeld konzipiert worden sei. Dieser Bereich sei stadtnäher und überdies besser einsehbar. Was die Grünfläche in diesem Bereich anbelange, so könne diese insgesamt naturbelassen bleiben, so dass auch der Tierbereich geschont werde.

Auch plädiere man für den Wegfall des geplanten Weges. Zwar ermögliche dieser einen besseren Rundlauf, allerdings hätten die Bedenken überwogen, dass viele Tiere gerade wegen des gut frequentierten Weges auf der anderen Seite des Kermisdahls ihre Nist- und Brutplätze auf die gegenüberliegende Seite des Kermisdahls verlegt hätten.

Zudem solle nach Meinung der CDU-Fraktion die Verwaltung beauftragt werden zu prüfen, ob die städtischen Grundstücke im Wege des Erbbaurechts vermarktet werden könnten.

Schließlich solle die Verwaltung prüfen, ob Teile der städtischen Flächen an die GeWoGe übertragen werden könnten, um eine Gestaltung durch ein dem Allgemeinwohl verpflichtetes im wesentlichen in städtischer Inhaberschaft stehenden Unternehmen zu ermöglichen. Auch könne diese einen Architektenwettbewerb initiieren, da die konkrete Ausgestaltung der Bebauung allein durch Bauleitplanung nur eingeschränkt möglich sei.

Für die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve erklärt StV. Gietemann, dass man sich derzeit am Beginn eines Meinungsbildungsprozesses befinde. So gelte es, sachlich alle Einflussfaktoren für die ausgewogene Meinungsbildung zusammenzuführen und auszuwerten.

Schließlich gehe es um die städtebauliche Fortentwicklung der Innenstadt und um die Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums, wobei menschengerechte Gestaltung der Innenstadt aufeinander abgestimmt werden müssten. Dazu sollte eine mögliche Bebauung höhenteknisch in die Umwelt passen, wobei der vorliegende Bebauungsplan Raum für Verbesserung zulasse.

Nach den ersten Vorstellungen der SPD-Fraktion höre der Bebauungsplan und damit die Stadtbadstraße am Grundstücksende des Kanuclubs auf. Dadurch blieben der Spiel- und Bolzplatz sowie die alten Kopfbäume erhalten. Was den Kanuclub anbelange, so sei eine Verlagerung bzw. Umsiedlung nie vorgesehen gewesen. Auch sei die Qualität des alten Parks verbessert und das Plangebiet aufgewertet worden, wobei man sich einem möglichen Architektenwettbewerb nicht verschließe. Auch befürworte man einen Fußweg

entlang des Kermisdahlfers, wobei man sich der Meinung des Klevischen Vereins anschlieÙe und die Radfahrer über die Straße "In den Galleien" leiten solle.

Im Plangebiet selbst solle eine Durchmischung des Wohngebiets mit Eigenheimen, Miet- und Eigentumswohnungen entstehen. Darüber hinaus sollten die Gebäude klimaneutral gebaut werden, wobei vertikales Grün an den Gebäuden erwünscht sei. Im Innenbereich/ Gärten zwischen den Gebäuden sollten diese mit lebendigem Grün wie Hecken, Ziergehölze oder Kopfbäumen durchmischt und so lebendig gestaltet werden. Auch seien Rasengittersteine zu verwenden, da man Pflasterung, Asphalt, Kies oder Split usw. nicht befürworte. Was diese Forderungen anbelange, so könnten diese nur in diesem Ausschuss gestellt werden, da sie im Bauplanungsverfahren nicht relevant seien.

Für die Fraktion Bündnis `90/DIE GRÜNEN führt StV. Dr. Meyer-Wilmes aus, dass die Beteiligung zu einem Planentwurf, die im Januar stattgefunden habe, nur die Abgrenzung des Geltungsbereichs zum Inhalt gehabt habe, auf die sehr viele BürgerInnen in kritischer Weise eingegangen seien, die in der jetzigen Vorlage nicht zu erkennen seien.

Was nun vorliege, sei eine Konkretisierung der Bebauung, wobei der Vorteil der bereits öffentlich geführten Diskussion darin liege, dass die Unzulänglichkeiten dieser Bauleitplanung auch durch die Betroffenen vor Augen geführt worden seien. So sei im Bereich des Stadtbades eine verdichtete Bebauung mit drei Baufeldern für inzwischen 8 Wohneinheiten am Weg Kermisdahlufer und ein 4-geschossiger inzwischen unterbrochener Riegel entlang des Königsgartens vorgesehen. So stelle man sich die Frage, warum das Kermisdahlufer bebaut werden solle. Schließlich gehöre das östliche Kermisdahlufer zum Parkbereich. Auch sei gegenüber der Stadtbadstraße eine mehrgeschossige Bebauung ins Auge gefasst worden, wobei "In den Galleien" eine Hinterlandbebauung ermöglicht werden solle. Für die Flurstücke 44/ 45 bedeute dieses, dass eine Zufahrt durch ihre jetzigen Gärten erfolge und die Haustüre an der Hinterseite des Hauses liege.

Sollte die Stadtbadstraße bis zu einem Wendehammer durchgezogen werden sei festzustellen, dass die Grundstücke nicht der Stadt gehörten. Auch sei zu beachten, dass die Verlängerung der Stadtbadstraße sowie die ausgewiesenen Baufelder über einen kiesigen Untergrund des ehemaligen Rheinarms verfügten, die Aussicht der Bewohner der Häuser In den Galleien auf ein Stück "wilder Ufernatur" zerstörten. Auch fielen 19 Kopfweiden auf dem Bolzplatz und eine uralte Eiche am Ufer einer solchen Planung zum Opfer.

Bei dem frei werdenden Grundstück des alten Hallenbades handelt es sich um ein "Sahnestückchen" in einer Grünlandschaft zum Kermisdahl, was sicherlich Begehrlichkeiten wecke. Auch weise die Fraktion Bündnis `90/ DIE GRÜNEN darauf hin, dass dieser Bebauungsplan in der jetzigen Form eine Zerstörung der Uferstruktur hervorrufe, wobei dieser Bereich einen hohen Erholungswert genieÙe.

Auch sei der Fraktion noch nicht bekannt, dass der Bolzplatz zum Spielplatz im Bereich der Stadthalle verlagert werden solle.

Dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die städtischen Grundstücke im Wege des Erbbaurechts zu vermarkten und Teile der städtischen Flächen an die GeWoGe zu übertragen, um diese dem sozialen Wohnungsbau zuzuführen, könne sich die Fraktion Bündnis `90/ DIE GRÜNEN gleichfalls anschließen.

Technischer Beigeordneter Rauer erklärt, dass sich der in Rede stehende Wendehammer der Stadtbadstraße auf städtischem Grund befinde.

StV. Goertz erinnert daran, dass Kleve viele Gebäude und Parks zum Ende des 2. Weltkrieges verloren habe. So seien die Unabhängigen Klever der Meinung, dass der vorgeschlagene Bebauungsplan nicht durchgeführt werden solle und schließe sich dem Grunde nach den Ausführungen der CDU-Fraktion an.

StV. Rütter erklärt für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Kleve, dass er sich dem Grunde nach dem Statement seiner Vorredner im Wesentlichen anschließen könne. Auch die FDP-Fraktion halte den in Rede stehenden Bebauungsplan für absolut ungeeignet. Allerdings halte sie eine "dezenste" Bebauung mit entsprechenden Vorgaben für denkbar, wobei man in diesem Bereich sehr sensibel vorgehen müsse. Daher schlage man vor, einen Architektenwettbewerb auszuloben und die großen Flächen mit externem Sachverstand zu betrachten. Auch gelte es, den dort ansässigen Kanuclub als Priorität und nicht als "lästiges Hindernis" zu sehen.

Aus den Vorträgen fasst Ausschussvorsitzender Cosar zusammen, dass bezüglich des Bebauungsplans für den Bereich Königsgarten/ Stadtbadstraße eine gewisse Kleinteiligkeit und Höhenbegrenzung gefordert werde, die die dortigen Häuser an Höhe nicht übersteigen dürften.

StV. Dr. Meyer-Wilmes ergänzt, dass auch große Teile nicht bebaut werden sollten, aber dieses im Bau- und Planungsausschuss zu beraten sei.

#### 4. **Parkpflegewerk "Alter Tiergarten" - kurzfristige Durchführung einzelner vordringlicher Maßnahmen**

(gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 06.02.2019)

StV. Gebing erläutert den gemeinsamen Antrag, wobei die darin aufgezeigten Schneidearbeiten nur bis zum 28.02.2019 möglich seien. Ziel sei es u.a., Sichtachsen zu gewinnen, im Bereich des Kermisdahlhangs durch kontinuierliche Bestandspflege den Bewuchs mit artenreichen gestuften Gehölzbeständen zu entwickeln, die Stützmauer und Parkbanknischen entlang des Prinz-Moritz-Weges wieder herzustellen und die zwischen dem Weg und dem Kermisdahlufer wachsenden Bäume zu entfernen sowie den Gewässerabschnitt zwischen Worcesterbrücke und dem "Engen Hals" als Uferpromenade ansprechend und parkartig mit entsprechender Bepflanzung aus Wasser- und Uferstauden zu gestalten. Auch sollten die im Februar 2018 zerstörten Tisch- und Bankauflagen der Sitzgruppe an der Luisenbrücke mit Hartholz erneuert werden.

StV. Dr. Meyer-Wilmes ergänzt, dass die einzelnen Maßnahmen bei der Begehung am 11.01.2019 erklärt worden seien und man sicherlich wisse, dass an der Umsetzung verschiedene Institutionen betroffen seien. Auch solle der letzte Satz in dem Antrag, in dem darum gebeten werde, die Beauftragungen an die Verwaltung kurzfristig umzusetzen, das Wort "kurzfristig" durch das Wort "zeitnah" ersetzt werden.

Technischer Beigeordneter Rauer unterstreicht, dass die Auflistung der Maßnahmen aus der Begehung vom 11.01.2019 herrührten. Allerdings sei festzustellen, dass die dort aufgeführten Maßnahmen nicht bis Ende Februar 2019 abgearbeitet werden könnten, da Schneidemaßnahmen u.a. vergaberechtlich zu betrachten seien. Auch befänden sich mehrere Flächen im Besitz verschiedener Eigentümer. So gelte es, sich u.a. mit dem Forst, dem Kreis Kleve, privaten Grundstückseigentümern und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW abzustimmen. So sei für April 2019 vorgesehen, die Gruppe der Beteiligten zusammenzurufen, um mit ihnen die Maßnahmen zu besprechen. Auch

solle sich vor Ostern diesbezüglich ein Arbeitskreis bilden, um Konzepte zu entwickeln, wie u.a. mit den Schnittmaßnahmen umzugehen sei.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt, dass es sich in diesem Bereich um über 20 verschiedene Eigentümer handele.

Zudem hätten die Arbeiten an der Kaskade gezeigt, dass genau überlegt werden müsse, was gemacht werden könne. Forst, Stadt, Kreis und der Bau- und Liegenschaftsbetrieb könnten hierbei den Arbeitskreis bilden. Eventuell könne eine Maßnahme, was den Weg entlang des Kermisdahls betreffe, in Angriff genommen werden. Hierzu seien Fördermaßnahmen und die Unterstützung Dritter notwendig, was jedoch erst im Laufe des Jahres 2019 möglich sei. Auch möchte er bewusst darauf aufmerksam machen, dass für das Freischneiden der Sichtachsen und bei den Arbeiten am Ufer mehr als 20 Bäume gefällt werden müssten. Besser sei es, sukzessive daran zu arbeiten und die 20 Bäume nicht auf einmal zu entfernen. Falls Bäume jedoch eine Gefährdung darstellten, so seien diese natürlich zu entfernen. Auch sei zwischenzeitlich die Sitzgruppe an der Luisenbrücke erneuert worden, wobei er darum bittet, dass man ein Auge darauf haben solle, damit diese nicht wieder zerstört würden.

StV. Lichtenberger erklärt für die SPD-Fraktion in Rat der Stadt Kleve, dass diese gleichfalls den Antrag begrüße, jedoch die seitens der Verwaltung vorgetragenen Bedenken teile, wobei die Sicherheit an erster Stelle stehe.

StV. Rütter erklärt, dass auch die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Kleve den Antrag unterstütze und die Bedenken der Verwaltung als berechtigt ansehe. Eine kurzfristige Umsetzung der Maßnahmen sei daher schwierig. Er betrachte jedoch den Antrag als Auftrag an die Verwaltung.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt, dass die Arbeiten am Weg des Kermisdahls ggf. mit Unterstützung des Nachfolgeprogramms „ABM“ erfolgen könnten.

StV. Gebing erklärt, dass der Antrag nicht aussage, dass alles kurzfristig erledigt werden solle, sondern z.B. die Schaffung der Sichtachsen mittelfristig erfolgen solle.

StV. Schnütgen erklärt, dass der Zeitpunkt bis Ende Februar 2019 ein Wunsch des Arbeitskreises Wetering gewesen sei. Es sei jedoch klar, dass dies nicht gehe, aber durch die Benennung dieses Zeitpunktes an eine baldige Erledigung der Aufgaben Interesse bestehe. Zudem wolle sie anmerken, dass die Fraktion Bündnis `90/ DIE GRÜNEN die Fällung der Bäume befürworte. Die Folge des Gespräches mit dem Förster bei der Begehung sei, da dieser empfohlen habe, Bäume, die eine riesige Verschattung verursachten, zu entfernen, damit andere Gewächse entstehen könnten. Was die Entfernung der Bäume anbelange, so solle dies sukzessive erfolgen.

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis `90/ DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Kleve wird vom Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung einstimmig angenommen.

## 5. Mitteilungen

### a) Arbeiten an der Kaskade

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass die Arbeiten an der Kaskade voraussichtlich im März abgeschlossen werden könnten. Hierzu gehöre auch eine



optische Optimierung, indem durch eine Aufspritzsaat die Betonfläche begrünt werden solle. Auch die Begebarkeit des Weges solle verbessert werden.

#### b) Begegnungsstätte für Kulturschaffende

Stadtoberverwaltungsrätin Wier teilt mit, dass zur Begegnungsstätte mit einigen Kulturschaffenden ein Gespräch stattgefunden habe.

Fazit des Gespräches sei es gewesen, dass zu diesem Zeitpunkt keine Gruppierung akute Raumnot habe. So hätten die bildenden Künstler, die über ein Atelier im XOX-Gebäude verfügten, einen neuen Mietvertrag angeboten bekommen.

Nach dem Gespräch sei Bruno Schmitz als Sprecher der Kulturschaffenden gebeten worden, ihre Anforderungen an eine Begegnungsstätte einerseits mit den Minimalanforderungen und andererseits mit Maximalanforderungen schriftlich zu formulieren. Aufgrund der Planung und Durchführung der „Kulturwelle“ sei die Vorlage des Konzeptes nach Abschluss der Kulturwelle zugesagt worden.

Zudem habe sich zwischenzeitlich Frau Steph Rausch per Mail gemeldet und ihre Vorstellungen zu einem Kulturzentrum mitgeteilt, da sie nicht der freien Vereinigung Kulturraum Kleverland angehöre.

Da die Verwaltung sich nicht mit allen Kulturtreibenden auseinandersetzen kann, wird zunächst das Anforderungsprofil an ein Kulturzentrum vom Kulturraum Kleverland durch Herrn Bruno Schmitz abgewartet.

#### c) Doornroosje

Stadtoberamtsrätin Wier teilt mit, dass der Besuch des „Doornroosje“ am 04.04.2019 um 17.00 Uhr stattfinde. Eine Busfahrt sei organisiert, Abfahrt ab Rathaus ca. 16.15 Uhr.

## 6. Anfragen

#### a) Aufspritzsaat

StV. Dr. Meyers-Wilmes fragt an, wie sich das mit der Einspritzsaat verhalte, da sie das nicht ganz verstanden habe.

Technischer Beigeordneter Rauer erklärt, dass es sich hierbei um ein Erds substrat mit durchmischem Samen handele, das aufgetragen und durch die Einsaat grün werde.

#### b) Lift Stadthalle zur Schwanenburg

StV. Meyer-Wilmes erkundigt sich nach dem Sachstand.

Technischer Beigeordneter Rauer erklärt, dass die Realisierung eines solchen Projektes mit der Denkmalbehörde besprochen worden sei, die große Bedenken hege. Bei dem „Lift“ handele es sich um ein bewegtes Objekt, welches sichtbar und beleuchtet am Hang hochführen würde. Zudem gelte es, die Statik des Hanges zu bedenken. Auch sei zu

diesem Projekt der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW zu beteiligen und mit einem Gutachter Kontakt aufgenommen worden.

Eigentümer am Fuß des Burgberges waren jedoch nicht abgeneigt, wenn dort ein Lift gebaut würde. Allerdings würden diese zunächst die Planungen abwarten.

Die Verwaltung werde zu gegebener Zeit über die weitere Entwicklung berichten.

c) Spundwand an der Kaskade

StV. Görtz fragt an, wie mit der Spundwand im Bereich der Kaskade umgegangen werde.

Technischer Beigeordneter Rauer erklärt, dass die Stahlspundwand den Hang stütze und durch eine Vegetationsschicht im Laufe der Zeit aus dem Sichtfeld verschwinde.

Ende der Sitzung: 18.20 Uhr

(Cosar)  
Vorsitzender

(Derks)  
Schriftführer